



Am Montag im Kantonsrat

Zürich, 22.03.2024

Vorschau auf die Kantonsratsdoppelsitzung vom Montag, 25. März 2024

Fokusthemen: **Bildung, Verkehr**

Der Zürcher Kantonsrat wird sich am Montag nach einer Richterwahl und der Redaktionslesung zu einer Anpassung des Steuergesetzes mit dem Beschaffungswesen der Hochschulen und Spitäler befassen. Anschliessend stehen die Abschreibung von drei Postulaten und die Bewilligung einer Subvention für Ausbildungen im Gesundheitswesen an. Sollte danach noch Zeit verbleiben, wird sich der Rat bis zum Mittag mit Vorstössen beschäftigen, welche die Bildungsdirektion betreffen. In der Nachmittagssitzung werden verschiedene verkehrspolitische Kredit- und Grundsatzgeschäfte behandelt und – falls dazu noch Zeit sein wird – einige Vorstösse zu Verkehrsthemen.

Schlussabstimmung zu Änderung im Steuergesetz betreffend elektronische Verfahren

Keine lange Diskussion ist in der zweiten Lesung zu einer Anpassung des Steuergesetzes ans Bundesrecht zu erwarten. In der sogenannten Redaktionslesung einer Vorlage geht es gewöhnlich nur noch um formelle, meistens unumstrittene Präzisierungen der Redaktionskommission (REDKO). Der Kantonsrat hat die Änderung in erster Lesung ohne Gegenantrag beschlossen ([5865](#)). Es geht unter anderem um die elektronischen Verfahren, beispielsweise um die Kosten, die in Zusammenhang mit der elektronischen Einreichung der Steuererklärung und anderer Eingaben entstehen.

REDKO-Präsidentin: Christa Stünzi (GLP, Horgen), 079 771 76 63

Empfehlungen der ABG zum Beschaffungswesen weitgehend umgesetzt

Rasch behandelt werden dürfte der Bericht der Aufsichtskommission für Bildung und Gesundheit (ABG) über die Nachkontrolle des Beschaffungswesens der Hochschulen und Spitäler. Die Kommission hat ihn dem Kantonsrat zur Kenntnisnahme überwiesen ([KR-Nr. 155/2023](#)). Mit dem Bericht wurde die Umsetzung von zehn Empfehlungen aus dem früheren Bericht KR-Nr. 59/2019 zur vertieften Untersuchung zum Beschaffungswesen der Hochschulen und Spitäler systematisch überprüft. Die meisten Empfehlungen wurden ganz oder teilweise umgesetzt. Eine Differenz besteht weiterhin mit dem Regierungsrat, der seine Aufsichtstätigkeit einzig am Kriterium der Rechtmässigkeit in besonderen Fällen ausrichten will. Angesichts der reputationsmässigen und finanziellen Risiken des Beschaffungswesens empfiehlt die ABG eine aktivere und breitere Wahrnehmung der Aufsicht.

ABG-Präsidentin: Raffaella Fehr (FDP, Volketswil), 079 210 21 61

Umstrittene Stellungnahmen zur Abschreibung von Postulaten

Für gewöhnlich keine langen Debatten lösen die Abschreibungen von Postulaten aus. Ein Postulat als erledigt abzuschreiben, bildet den finalen Akt auf der Reise dieser Vorstossart. Der Kantonsrat nimmt damit den mit dem Postulat vom Regierungsrat geforderten Bericht zur Kenntnis. Diesen Montag ist die Ausgangslage aber eine andere. Zwar dürften alle Postulate, die behandelt werden, abgeschrieben werden, allerdings ist noch offen, ob dies mit einer anderslautenden Stellungnahme der Fall sein wird. Der Rat kann damit bekunden, dass er nicht gleicher Meinung wie der Regierungsrat ist. Die Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) beantragt dem Kantonsrat mit 8 zu 7 Stimmen, zum Postulat betreffend «Frühkindliche Betreuung, Bildung und Erziehung (FBBE) – faire Startchancen für alle» eine anderslautende Stellungnahme abzugeben ([KR-Nr. 340/2019](#)). SP, AL und GLP

forderten mit dem Vorstoss, dass die Angebote für frühkindliche Betreuung überprüft sowie mit einer Strategie vernetzt und kommuniziert werden; dies mit dem Ziel, dass auch Kinder aus benachteiligten Familien diese Angebote vermehrt nutzen. Der Regierungsrat verwies in seinem Bericht auf das bestehende gute Angebot und auf die laufende Revision des Kinder- und Jugendhilfegesetzes. Die Kommissionsmehrheit erachtet die Forderungen des Postulats als nicht erfüllt und unterstreicht dies mit ihrer anderslautenden Stellungnahme. Die Kommissionsminderheit (SVP, FDP, Mitte) stellt den Antrag, keine abweichende Stellungnahme abzugeben. Sie verweist auf die laufende Gesetzesrevision und bekräftigt, dass die Nutzung des Angebotes für frühkindliche Betreuung letztlich freiwillig sei.

Ebenfalls mit 8 zu 7 Stimmen beantragt die KBIK, das Postulat «Chancengerechtigkeit durch Arbeit an der Lernlaufbahn – ChagAll for all» mit einer abweichenden Stellungnahme abzuschreiben ([5837](#)). Abgeleitet vom Konzept des erfolgreichen Mentoringprogramms ChagAll des Gymnasiums Unterstrass soll ein kantonsweit zugängliches Programm geschaffen werden, um einer ganz bestimmten Gruppe von Jugendlichen aus bildungsfernen Familien den Zugang zu einer gymnasialen bzw. Fachmittel- oder Berufsmaturitätsausbildung zu ebnen. Der Regierungsrat beschreibt in seinem Bericht die zahlreichen bestehenden und noch geplanten Fördermassnahmen in den Regelstrukturen. Diese wirken nach Meinung der Kommissionsmehrheit jedoch zu wenig spezifisch auf diese Zielgruppe. Der Regierungsrat wird deshalb aufgefordert, die gesetzliche Grundlage für ein an ChagAll orientiertes Förderprogramm zu schaffen. Für die Minderheit (SVP, FDP, Mitte) müssten die bestehenden Fördermassnahmen konsequenter umgesetzt und nicht ein neues kompliziertes Instrument geschaffen werden, welches diskriminierend wirkt und ausserdem die gymnasiale Ausbildung gegenüber der beruflichen Grundbildung bevorteilt.

Mit 11 zu 4 Stimmen beantragt die KBIK, das Postulat betreffend «Schutz der Kinder vor Misshandlungen im Kanton Zürich» direkt als erledigt abzuschreiben ([KR-Nr. 461/2020](#)). SVP und Mitte forderten mit dem Vorstoss eine Strategie zur Prävention von Kindesmisshandlungen. Die Regierung präsentiert in ihrem Bericht eine umfassende Analyse des Kinderschuttsystems im Kanton Zürich. Es wird festgestellt, dass der Handlungsbedarf weniger in der Schaffung neuer Angebote besteht als vielmehr darin, bestehende Angebote bekannter und zugänglicher zu machen. Eine Minderheit (SVP) will das Postulat mit einer anderslautenden Stellungnahme abschreiben. Sie ist im Gegensatz zur Kommissionsmehrheit überzeugt, dass eine bessere Datenlage, etwa durch einen Auftrag an die KESB zur Erfassung auch von Meldungen ohne Massnahmenfolgen, bei der Prävention von Misshandlungen helfen könnte.

KBIK-Präsidentin: Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), 078 610 16 61

KBIK-Referent zu 5837: Christoph Ziegler (GLP, Elgg), 079 769 34 36

Minderheit KR-Nr. 340/2019 und 5837: Rochus Burtscher (SVP, Dietikon), 079 501 05 58

Minderheit 461/2020: Ursula Junker, (SVP, Mettmenstetten), 079 733 76 31

9,77 Millionen Franken für die Fachschule Gesundheit der Careum AG

Zwischen den Abschreibungen der Postulate wird der Kantonsrat als Traktandum 7 einen unumstrittenen Antrag der Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) behandeln, mit dem diese einstimmig beantragt, die Subvention für die Höhere Fachschule (HF) Gesundheit der Careum AG für die Jahre 2024 bis 2028 zu genehmigen ([5936](#)). Die Bildungsgänge HF im Bereich Gesundheit finanziert vollständig der Kanton. 90 Prozent der Kosten werden durch eine Pauschale gemäss der Interkantonalen Vereinbarung an Beiträge an HF-Bildungsgänge abgedeckt. Wenn Schulen den zürcherischen Spitälern und Pflegeheimen in angemessenem Umfang Personal zur Verfügung stellen, können nach Gesundheitsgesetz weitere Subventionen ausgerichtet werden. Die entsprechende Subvention beläuft sich für die nächsten vier Jahre auf 9,77 Millionen Franken, weshalb dazu die Ausgabenbremse gelöst werden muss.

KBIK-Präsidentin: Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster) 078 610 16 61

Vorstösse zu Berufsinformation, quereinsteigenden Lehrpersonen und Gleichstellung

Bei den anschliessend traktandierten Vorstössen – sollte der Rat vor der Mittagspause noch dazu kommen – entscheidet der Kantonsrat, ob er sie dem Regierungsrat überweist. Debattiert werden sie, weil entweder der Regierungsrat sie ablehnt oder ein Ratsmitglied sich gegen die diskussionslose Überweisung gewehrt hat. SVP-Kantonsrat Rochus Burtscher möchte mit seinem von Matthias Hauser übernommenen Postulat, unterstützt von FDP, GLP und EVP, dass die Elternabende der zweiten Sekundarklassen zur Berufswahl künftig an den Sekundarschulen und nicht mehr in den Berufsinformationszentren (BIZ) stattfinden ([KR-Nr. 436/2021](#)). SP-Kantonsrätin Monika Wicki fordert, Quereinsteiger in den Lehrberuf bei der Ausbildung finanziell zu unterstützen ([KR-Nr. 28/2022](#)). Und wiederum Rochus Burtscher verlangt mit Unterstützung von FDP und GLP, dass Lehrkräfte mit Fachhochschulabschluss und einem Lehrdiplom der Pädagogischen Hochschule für die Sekundarstufe II bei Anstellungen und Tätigkeiten an Berufsschulen und Berufsmittelschulen den Lehrkräften mit universitärem Abschluss gleichgestellt werden ([KR-Nr. 85/2022](#)).

Rochus Burtscher (SVP, Dietikon), 079 501 05 58

Monika Wicki (SP, Zürich), 076 427 52 78

Zusatzkredit in Zusammenhang mit der Limmattalbahn soll bewilligt werden

Die Nachmittagssitzung beginnt mit einem Kredit-Geschäft. Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) beantragt mit 12 zu 2 Stimmen, den Zusatzkredit von 26,6 Millionen Franken zum Rahmenkredit für ergänzende Massnahmen am Strassennetz in Zusammenhang mit der Limmattalbahn zu bewilligen ([5895](#)). Die gesamte verfügbare Kreditsumme beträgt damit 162,9 Millionen Franken. Für die Bewilligung des Kredits ist eine Lösung der Ausgabenbremse nötig. Eine Minderheit (Grüne) lehnt den Kredit ab und beantragt deshalb, nicht auf die Vorlage einzutreten. Eine weitere Minderheit (SP) möchte den Zusatzkredit um 5,5 Millionen Franken kürzen. Die Kürzung bezieht sich nur auf das Bauvorhaben Kreuzung Gasometerstrasse in Schlieren. Die Minderheit beurteilt dieses Projekt als überdimensioniert und möchte nicht, dass es im geplanten Umfang umgesetzt wird.

KEVU-Präsident: Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon), 079 385 51 84

Minderheit Grüne: David Galeuchet (Grüne, Bülach), 079 784 31 39

Minderheit SP: Markus Bärtschiger (SP, Schlieren), 077 438 26 29

Umfassenden Überblick über Nutzung des Strassenraums der Zukunft erhalten

Rasch behandelt werden dürfte die Abschreibung des Postulats betreffend «Zukünftige Verkehrsgestaltung mit innovativen Mobilitätsformen» von SP, GLP und EVP. Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) beantragt einstimmig, das Postulat als erledigt abzuschreiben ([5841](#)). Mit dem Postulat wurde die Regierung aufgefordert, in einem Bericht aufzuzeigen, wie die Verkehrsgestaltung im Strassenraum aussehen wird, wenn selbstfahrende Fahrzeuge in grösserer Anzahl unterwegs sein werden. Die Antwort der Regierung bietet einen umfassenden Überblick unter Einbezug aller zurzeit verfügbaren Studien. Der Bund hält zudem in einem Strategiepapier fest, dass er bis 2040 Vorschläge zum Thema ausarbeiten will. Die Kommission begrüsst es, dass auch das kantonale Amt für Mobilität die wichtige Entwicklung aktiv verfolgt und nach Möglichkeit mitgestaltet.

KEVU-Präsident: Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon), 079 385 51 84

ZVV-Strategie und Rahmenkredit sollen genehmigt werden

Unumstritten sind der Rahmenkredit des Zürcher Verkehrsverbundes (ZVV) über 437,5 Millionen Franken für die Fahrplanperiode 2024 und die Grundsätze zur Entwicklung von Angebot und Tarif im öffentlichen Personenverkehr für die Fahrplanperiode 2025 bis 2029. Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) beantragt einstimmig, den Rahmenkredit zu bewilligen ([5919](#)) und die Grundsätze festzulegen ([5918](#)). Der Rahmenkredit stellt ein kurzfristiges Steuerungsinstrument dar, während der Kantonsrat mit den Grundsätzen die Entwicklung des öffentlichen Personenverkehrs im

Kanton mittel- und langfristig steuert und den Rahmen für die Tätigkeit des ZVV absteckt. Die KEVU steht geschlossen hinter der aktualisierten ZVV-Strategie. Eine Kommissionsminderheit (SP und Grüne) stellt jedoch Anträge für geringfügige Strategie-Änderungen. So möchte sie auf eine explizite Bezifferung des Kostendeckungsgrads verzichten, für neue Versuchsbetriebe eine Anschubfinanzierung vorsehen oder an Sonntagen zusätzliche bediente Verkaufsstellen für die Kunden anbieten.

KEVU-Präsident: Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon), 079 385 51 84
Minderheit: Felix Hoesch (SP, Zürich), 079 409 05 92

Vorstösse zu regionalem Ausbau des öffentlichen Verkehrs

Sollte der Kantonsrat am Montagabend vor Sitzungsende dazu kommen, wird er Vorstösse behandeln, welche die Volkswirtschaftsdirektion betreffen. SP-Kantonsrätin Sibylle Jüttner lädt den Regierungsrat mit Unterstützung von Parlamentariern aus dem Bezirk Andelfingen ein, aufzuzeigen, wie die Tarifzonen im Weinland auf drei Zonen reduziert und ein «Weinlandticket» eingeführt werden könnten, um damit den öffentlichen Verkehr attraktiver und günstiger zu gestalten ([KR-Nr. 482/2022](#)). Und Grünen-Kantonsrat Thomas Schweizer will mit breiter Unterstützung von Ratsmitgliedern aus dem Säuliamt den Regierungsrat beauftragen, sich für den raschen S-Bahn-Ausbau von Affoltern am Albis Richtung Zug einzusetzen, mit dem Ziel, im nächsten Ausbauschritt einen Viertelstundentakt anbieten zu können ([KR-Nr. 34/2023](#)). Der Regierungsrat beantragt beide Vorstösse zur Ablehnung.

Sibylle Jüttner (SP, Andelfingen), 076 520 02 44
Thomas Schweizer (Grüne, Hedingen), 079 434 36 23

Personelles:

Gleich zu Beginn der Sitzung steht am Montagmorgen die Wahl eines Ersatzmitglieds des Obergerichts an ([KR-Nr. 253/2023](#)). Der Wahlvorschlag der Interfraktionellen Konferenz (IFK) ist unumstritten.

IFK-Präsident: Markus Schaaf (EVP, Zell), 078 707 00 66

Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrates geben:
Sylvie Matter, Kantonsratspräsidentin, 079 659 54 00
Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12